

Kreisstadt  
Dresden,  
in der Expedi-  
tion, El. Meißn.  
Gasse Nr. 8,  
zu haben.

# Sächsische Vorzeitung.

Preis:  
vierteljährlich  
12 1/2 Rgr. Zu  
beziehen durch  
alle lgl. Post-  
Anstalten.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag früh.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers E. Heinrich.

## Politische Weltschau.

**Deutschland.** Die Kommission zur Prüfung des Auswanderungswesens hat ihre Thätigkeit mit einer sorgfältigen Inspektion der Einrichtungen begonnen, welche in Hamburg für die Zwecke der Auswanderer hergestellt sind. Bei dieser Veranlassung wird hoffentlich die Auswanderungsfrage im Ganzen einmal ernstlicher ins Auge gefaßt werden, da über die große Wichtigkeit derselben namentlich auch für unser Deutschland kein Zweifel sein kann. Wir verlieren durch die Auswanderung alljährlich zu viel Menschen, als daß man nicht den Gründen nachspüren sollte, deren Beseitigung heute geradezu ein sittliches Gebot für unsere Regierungen ist. An und für sich ist es doch nicht natürlich, daß eine Familie freiwillig ihre Heimath verläßt, um unter vielen Entbehrungen nach einem weiten Lande in eine ganz ungewisse Zukunft zu gehen. Wenn auch die meisten Auswanderer arm sind, so scheint es doch unbegreiflich, daß in unserer kultivirten Heimath der Lebenserwerb an sich schwieriger sein sollte, als in dem unkultivirten Westen. Wäre dem also, dann bewiese die Kultur nur, daß Malthus Recht gehabt habe, wenn er behauptete: es lebten zu viel Menschen auf der Welt, als daß nicht durch Krieg und Pest eine Lichtung derselben von Zeit zu Zeit erfolgen müsse. Aber diese barbarische Nationalökonomie ist längst gerichtet und wir haben durch die Industrie der neuern Zeit die unumstößlichen Beweise dafür, daß nicht nur die Annahme einer Uebersättigung im Allgemeinen thöricht ist, sondern daß auch nicht Arbeit genug geliefert werden kann, um den ins Unbegrenzte gehenden Konsum ohne Gefahr für Ueberbürdung des Marktes zu decken. Freilich sind diese Voraussetzungen nur dann erst vollständig zutreffend, wenn die Freiheit der Arbeit, des Verkehrs und der persönlichen Bewegung nicht beschränkt ist; und jede verständige Staatswirthschaft sorgt deshalb dafür, daß die Schranken fallen, welche mit der Freiheit auch den Wohlstand begrenzen. Wo man anderen Prinzipien huldigt, da sehen wir die Volksarmuth mit allen ihren düsteren Folgen. Wir führen nur Mecklenburg an, welches nächst Böhmen die meisten deutschen Auswanderer stellt. — Es ist also die seit Jahrzehnten in kolossalen Verhältnissen sich bewegende deutsche Auswanderung eine trübe Erscheinung, deren Ursachen, soweit sie an unzeitgemäßen Staatseinrichtungen liegen, beseitigt werden müssen. Mangel an Lebensunterhalt und Mangel an Vaterlandsliebe ist wohl die nächste Veranlassung, daß Tausende ihr Glück und ihre Zukunft im fernen Amerika suchen, wo eine vollständige Freiheit der Arbeit und Bewegung herrscht und Jeder seine Kraft verwerthen kann, wie und wo er will. Außerdem gewährt die nordamerikanische Republik ihren Bürgern einen Schutz, wie ihn der Deutsche von seinen Staaten niemals kennen gelernt hat, und deswegen sehnt sich der auswandernde Theil danach, als Mitglied jener Staatsgemeinde einen höheren persönlichen Werth zu erhalten, als ihn die Heimath gewährte.

Diese beiden Ursachen der deutschen Auswanderung hinwegzuschaffen, ist heute um so gebieterische Pflicht, als Deutschland den Anfang zu größerer staatlicher Selbständigkeit gemacht hat. Vernichten unsere Regierungen erst die vielen Wurzeln der Armuth und des Elends, die im Zölpf-, Kunst- und Polizeiwesen

verästel sind, dann wird der Deutsche zufriedener sein und sein Vaterland nicht mehr so massenhaft verlassen, wie leider bisher. Der Trieb des Wanderns, dem Deutschen von jeher eigen, wird darum doch bestehen bleiben und er ist an sich auch keineswegs verderblich; aber die deutsche Auswanderung darf nicht mehr der bisherigen Ursachen halber Deutschland zur Schande gereichen. Auch der Auswanderungsköberei, wie sie von Bremen und Hamburg mit schamloser Spekulation getrieben wird, muß endlich ein Ende gemacht werden. Sie ähnelt nur allzusehr den chinesischn Transportationen nach Kalifornien und ist nicht weit von der Art entfernt, wie heute noch der Sklavenhandel im Geheimen betrieben wird. Wir dürfen hoffen, daß wirthschaftlich Vieles jetzt bei uns besser werden wird, wenigstens sind die Anfänge dazu gemacht. Freilich bleibt noch viel zu thun übrig, ehe der deutsche Staat sich wird zu jener sittlichen Höhe emporgerafft haben, seine Angehörigen in der Fremde wie in der Heimath zu schützen. Diese sittliche Verpflichtung muß der Staat auch bei der Auswanderung bethätigen und dies wollen wir von jetzt an für die Zukunft hoffen.

Nach den neuesten Bestimmungen wird der Reichstag noch vor dem Zollparlament zusammentreten und zwar am 19. oder 20. März. Bekanntlich bestand früher die Absicht, das Zollparlament bereits Mitte März zu berufen und, da die Vorlagen für dasselbe nicht besonders umfassend sind, so glaubte man, die Session zu Ostern schließen und nach dem Feste die des Reichstages eröffnen zu können. Die Verzögerung der Wahlen in Württemberg und Hessen-Darmstadt hat diesen Plan unausführbar gemacht, und um die Session des Reichstags nicht zu weit in den Sommer hinein zu verlängern, soll dieselbe jetzt der des Zollparlaments vorangehen. Unter den Vorlagen für den Reichstag nennt man außer dem Budget: die Gewerbeordnung, ein Heimathsgesetz, ein Gesetz zur Ordnung der Geschäfte der Oberrechnungskammer in Beziehung auf den norddeutschen Bund und ein Bundesbeamtengesetz. — Uebrigens ist der Zollparlament-Bundesrath am 2. d. M. vom Bundeskanzler eröffnet worden. Derselbe bewillkommnete die Bevollmächtigten und bezeichnete als Gegenstände der Berathungen, die gleichzeitig als Vorlagen für das Zollparlament anzusehen sind: die Ausdehnung des Zollvereins auf Mecklenburg, Lauenburg und Lübeck in Verbindung mit der Herstellung einer angemessenen Zollgrenze gegen Hamburg; die Befestigung und Erweiterung der vertragsmäßigen Beziehungen zu Oesterreich: Abänderungen der Zollordnung und des Tarifs in Verbindung mit einer gleichmäßigen Besteuerung des einheimischen Tabaks; die Anknüpfung vertragsmäßiger Beziehungen zu Spanien, Portugal und dem Kirchenstaat; eine Reihe von Maßregeln, welche dem Gebiete der Verwaltung angehören.

Preußen. Prinz Napoleon traf am 4. d. M. in Berlin ein und somit hat sich die Frage erledigt, ob der Prinz nur zu einem Besuche des ihm verwandten Württemberger Hofes die Reise nach Deutschland unternommen, oder ob andere Zwecke ihn zu diesem Ausfluge veranlaßten. In Berlin gedenkt sich derselbe acht bis zehn Tage aufzuhalten. Natürlich zerbricht man sich noch immer die Köpfe darüber, ob der kaiserliche Sendling eine politische Mission zu erfüllen habe und worin dieselbe wohl